

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

des: Rates
vom: Mittwoch, 23. August 2006

VIII. Sitzungsperiode / 16. Sitzung

Ort: Wieboldsaal, Haus Wilmers im OT Südlohn
Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 21.00 Uhr

Anwesenheit:

- | | | | |
|------|-----------------|-----|-------------------------|
| I. | Vorsitz: | 1. | Bürgermeister Beckmann |
| II. | Ratsmitglieder: | 2. | Bischof, Josef |
| | | 3. | Bone-Hedwig, Maria |
| | | 4. | Bonse-Geuking, Anette |
| | | 5. | Dapper, Monika |
| | | 6. | Engbers, Frank |
| | | 7. | Frieling, Hermann-Josef |
| | | 8. | Spicker, Christian |
| | | 9. | Harmeling, Thomas |
| | | 10. | Kahmen, Alois |
| | | 11. | Lüdiger, Karlheinz |
| | | 12. | Mürmann, Anneliese |
| | | 13. | Osterholt, Günter |
| | | 14. | Pass, Wilhelm |
| | | 15. | Rathmer, Norbert |
| | | 16. | Vedder, Christian |
| | | 17. | Battefeld, Jörg |
| | | 18. | Bergup, Günter |
| | | 19. | Gröting, Ludger |
| | | 20. | Große Venhaus, Franz |
| | | 21. | Sievers, Alfons |
| | | 22. | Brüning, Hans |
| | | 23. | Schmeing, Manfred |
| | | 24. | Stödtke, Rolf |
| | | 25. | Schleif, Josef |
| III. | Entschuldigt: | 26. | Plewa, Ingo |
| | | 27. | Schlechter, Jörg |
| IV. | Ferner: | 1. | AL 01/32 – Schlottbom |
| | | 2. | AL 60 – Vahlmann |

Der Bürgermeister (**BM**) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Mit Schreiben vom 18.08.06 wurde die Tagesordnung unter TOP I.7 und TOP II.3 erweitert.

Die **UWG-Fraktion** beantragt aufgrund der aktuellen Unfallsituation die Aufnahme eines gesonderten Tagesordnungspunktes „Sachstandsbericht zum Fußgängerüberweg an der Querungshilfe L 558-Winterswyker Str./Panofen in Oeding“. Der **BM** verweist darauf, dass ohnehin ein Sachstandsbericht unter TOP I.8 vorgesehen ist. Daraufhin verzichtet die Fraktion auf die Erweiterung der Tagesordnung.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1: Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Das **RM Bernhard Geuking** ist am 25.03.2006 verstorben. Durch öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Gemeinde Südlohn wurde durch den BM als Wahlleiter festgestellt, dass als Nachfolger aus der Reserveliste der CDU nunmehr Herr Christian Spicker, Wibbeltstr. 43, Südlohn mit Wirkung vom 09.08.2006 in den Rat der Gemeinde Südlohn gewählt worden ist.

Das neue **RM Spicker** wird in der heutigen Sitzung des Gemeinderates durch den BM eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet. Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift gefertigt und von den Beteiligten unterzeichnet.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2006

2.1 Zu TOP I.1.1 – Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.2006 zur Sitzung vom 10.05.2006 betr. Politische Leitkultur

RM Schmeing gibt hierzu eine persönliche Erklärung ab, die als Anlage dieser Niederschrift beigelegt ist.

2.2 Anwesenheit von Ratsmitglied Osterholt

RM Osterholt macht darauf aufmerksam, dass er entgegen der Anwesenheitsliste in der Sitzung anwesend war. Dieses belegt seine protokollierte Wortmeldung zu TOP I.19.6.

Nach Durchsicht der Unterlagen wird dieses bestätigt. Die mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse ändern sich im Ergebnis hierdurch jedoch nicht.

Beschluss:

**20 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2006 wird genehmigt.

TOP 3: Neubesetzung der Ausschüsse

Das Schreiben der **CDU-Fraktion** vom 22.08.2006 wird verlesen.

Der Gemeinderat stimmt den Vorschlägen der **CDU-Fraktion** gem. § 50 Abs. 3 GO zur Neubesetzung der Ausschüsse als Ersatz für das verstorbene RM Bernhard Geuking wie folgt zu:

1.) Haupt- und Finanzausschuss

RM Christian Spicker, Wibbeltstr. 13, als ordentliches Mitglied.

2.) Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

a) RM Christian Spicker als stellv. Ausschussmitglied
(Vertreter für RM Thomas Harmeling)

b) Sachkundiger Bürger (SB) Stefan Gröting, Heinestr. 15, als ordentliches Ausschussmitglied und als Ersatz für den aus beruflichen Gründen ausgeschiedenen SB Stefan Gräßler.

3.) Ausschuss für Schul-, Sport-, Kultur-, Jugend- u. soziale Angelegenheiten

a) RM Christian Spicker als stellv. Ausschussmitglied
(Vertreter für RM Frank Engbers)

b) SB Paul Schücker, Marienstr. 5, als ordentliches Ausschussmitglied
(Ersatz für das neue RM Christian Spicker).

c) SB Bernhard Haverkock, Lohner Str. 34a, als stellv. Ausschussmitglied
(Vertreter für SB Paul Schücker).

4.) Wahlprüfungsausschuss

RM Christian Spicker als stellv. Ausschussmitglied
(Vertreter für RM Anette Bonse-Geuking).

TOP 4: 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 „Ramsdorfer Straße/Weseker Weg“ OT Südlohn – Aufstellungsbeschluss (Sitzungsvorlage Nr. 80275)

Beschluss:

Einstimmig

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die Aufstellung der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 „Gewerbe- und Industriegebiet Ramsdorfer Straße/Weseker Weg“.
2. Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Südlohn, Flur 19, Parzelle 118.
3. Die Änderung beinhaltet die Einfügung der folgenden textlichen Festsetzung:
 - Im als GE1 festgesetzten Bereich wird gem. § 1 Abs. 10 BauNVO festgesetzt, dass Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen von vorhandenen baulichen und sonstigen Anlagen, die vor Inkrafttreten des Bebauungsplanes genehmigt wurden und die nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes unzulässig sind, ausnahmsweise zugelassen werden können. Hiervon ausgeschlossen ist die Errichtung weiterer, bisher nicht vorhandener Wohneinheiten. Die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebiets muss in seinen übrigen Teilen gewahrt bleiben.
4. Das StUA Herten, der Kreis Borken und die umliegenden Grundstücksnachbarn sind zu beteiligen.
5. Der Beschluss, die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 aufzustellen, ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 5: Anträge:

5.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 04.08.2006 betr. Sachstandsbericht der Verwaltung über die Möglichkeit zur Nutzung von BORnet (Sitzungsvorlage Nr. 80278)

Die **CDU-Fraktion** möchte mit diesem Antrag die Verwaltung beauftragen, in Gespräche mit BORnet einzutreten, damit auch in der Gemeinde Südlohn dieser weitere Telekommunikationsanbieter den Interessenten zur Auswahl zur Verfügung steht und damit eine vergleichbare Situation zu den Nachbarkommunen geschaffen wird. Die Fraktion geht dabei davon aus, dass die Nutzung von BORnet ohne zusätzliche Kosten für die Gemeinde Südlohn möglich wird.

RM Schleif macht darauf aufmerksam, dass sich BORnet allein mit Versatel verbunden hat. Er bittet die Gespräche auch auf andere vorhandene Bieter auszudehnen, damit auch hier günstige Angebote in Anspruch genommen werden können.

Die **UWG-Fraktion** unterstützt den CDU-Antrag, da Alternativen zu den vorhandenen Anbietern notwendig und wichtig sind und eine entsprechende Nachfrage besteht. Nach telefonischer Auskunft scheint BORnet grundsätzlich an einer flächendeckenden Versorgung im Kreisgebiet interessiert zu sein. Die mögliche Umsetzung ist jedoch abhängig von Vorgaben der Telekom und den finanziellen Rahmenbedingungen.

Beschluss:

**23 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit BORnet die Rahmenbedingungen für ein mögliches Versorgungsnetz in der Gemeinde Südlohn zu ermitteln.

5.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.08.2006 betr. Städtebauliches Gesamtkonzept – Ortsteil Südlohn, Umgestaltung der Eschstraße zwischen Breul und Eschlohner Straße (Sitzungsvorlage Nr. 80279)

Die **CDU-Fraktion** verweist auf die Feststellungen des Gutachters bei der Erstellung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes. Danach bedarf der südliche Teil der Eschstraße zwischen Friedhofstraße/Eschlohner Straße und der Einwanderung Breul einer städtebaulichen Aufwertung. Wie und in welchem Umfang dies geschehen kann, soll in einem von der Verwaltung zu erarbeitenden städtebaulichen Detailkonzept aufgezeigt werden. Zugleich ist eine Wohnumfeldverbesserung im Bereich der festzustellenden Brachflächen anzustreben. Die Umsetzung eines derartigen Konzeptes könnte Abschnittsweise erfolgen. Ein erster kostengünstiger Schritt könnte evtl. die Verlängerung der im nördlichen Teil der Eschstraße vorhandenen Baumallee darstellen.

Dieser Antrag dient nach Auffassung der Fraktion auch zur Aufwertung des zur ebenfalls zur Sanierung anstehenden Bereiches zwischen Eschstraße, Lohner Straße und der vorgesehenen Verlängerung der Droste-Hülshoff-Straße bis zur Eschstraße.

In diesem Zusammenhang beantragt die Fraktion ferner, im Haushaltsplan 2007 die entsprechenden Haushaltsmittel für den endgültigen Ausbau der Lohner Straße zwischen Eschlohner Straße und Droste-Hülshoff-Straße vorzusehen.

Die **UWG-Fraktion** unterstützt den Antrag auf zügigen Ausbau der restlichen Lohner Straße in 2007.

Zu dem vorliegenden Antrag auf Umgestaltung der Eschstraße ist sie jedoch der Auffassung, dass zunächst die von der Verwaltung zu erarbeitende Prioritätenliste zum Zustand der Gemeindestraßen vorgelegt werden sollte. Sofern kein dringender Handlungsbedarf besteht sollte daher nicht bereits im Vorfeld ein entsprechender Beschluss zur Umgestaltung der Eschstraße in dem betreffenden Abschnitt gefasst werden.

Die **SPD-Fraktion** begrüßt das Vorhaben, sich verstärkt dem Zustand der innerörtlichen Straßen anzunehmen. Der Antrag auf Endausbau der Lohner Straße in 2007 wird daher von ihr dringend unterstützt. Allerdings fragt sie, wann mit dem Ausbau bzw. der Sanierung der Eschlohrer Straße zu rechnen ist, da hier ein Sachzusammenhang besteht.

Der **BM** erläutert, dass die Straßenzustandserfassung der innerörtlichen Gemeindestraßen z.Z. in Verbindung mit den vorbereitenden Arbeiten für die Erstellung des NKF erfolgt. Er erinnert an die vor Jahren mit den Kreis Borken geführten Gespräche zum Zustand der Eschlohrer Straße. Danach sollte diese nur in Verbindung mit dem Endausbau der Lohner Straße saniert werden. Zugleich sind in der Straße der Kanal und aufgrund ihres Zustandes auch die Gehwege zu sanieren. Diese Kosten sind ausschließlich von der Gemeinde zu tragen.

RM Schleif schließt sich voll inhaltlich der Stellungnahme der UWG-Fraktion an. Er weist darauf hin, dass an vielen anderen Stellen in der Gemeinde Gefährdungspotenziale bestehen. Dementsprechend sind Prioritäten nach Dringlichkeiten und Gefährdungspotenzialen zu setzen (insbesondere bei den Geh- und Radwegen), bevor die Eschstraße wie beantragt umgestaltet wird.

Die **CDU-Fraktion** stellt zu ihren Anträgen wie folgt fest:

- Mit dem vorliegenden Antrag soll ein Beitrag für ein besseres Erscheinungsbild der Ortseingangsstraße durch Erstellung eines Detailkonzeptes geleistet werden. Dieses ist dann mit der Politik und den Bürgern zu diskutieren. Erst danach ist zu entscheiden, mit welchem finanziellen Aufwand, mit welchen Maßnahmen und mit welcher zeitlichen Abfolge die Umgestaltung erfolgt.
- Die Dringlichkeit des beantragten Endausbaus der Lohner Straße in 2007 ist bei allen Ratsmitgliedern unbestritten. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang die Beitragspflicht der Grundstücksanlieger.
- Zur Eschlohrer Straße beantragt sie, dass die Verwaltung mit dem Kreisbetrieb Gespräche führt, um zu erfahren, in welchem Umfang und wann die Sanierung der K 53 durchgeführt werden soll. Die Informationen sollten dann in der nächsten Sitzung des Bauausschusses vorgestellt und erläutert werden. In diesem Zusammenhang sind dann auch die Kosten für die anstehende Kanalsanierung zu beziffern.

Der **UWG-Fraktionsvorsitzende** unterstützt den jetzt in 2007 angestrebten Endausbau der Lohner Straße.

Ansonsten sollten zunächst die Straßen fertig gestellt werden, die dringend einer Erneuerung bedürfen. Es sollte erst geplant und gebaut werden, wenn das notwendige Geld vorhanden ist. In diesem Zusammenhang erinnert er an den Schuldenstand der Gemeinde, der einschließlich aller Sonderhaushalte Ende 2006 rd. 15,6 Mio. € bzw. 1.763 €/Einwohner beträgt und kritisiert in diesem Zusammenhang die Gründung von Eigenbetrieben. Er spricht dabei von „Finanzverschleierung“. Zunächst gelte es, die gemeindlichen Finanzen in geordnete Bahnen zu bringen. Es gibt dringendere Maßnahmen zur Sanierung als die Eschstraße. Eine Kanalsanierung sollte nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig die Straßenoberfläche erneuert wird. Die Entwicklung von Brachflächen im Bereich der Eschstraße durch Private bleibt unbenommen.

Der **BM** entgegnet, dass der tatsächliche Schuldenstand der Gemeinde anders ist als von der UWG dargestellt. Die Straßenoberfläche der Eschlohner Straße befindet sich unbestritten in einem sehr schlechten Zustand.

RM Schleif verweist darauf, dass das städtebauliche Entwicklungskonzept zahlreiche Maßnahmen als Schlüsselmaßnahmen aufführt. Die Eschstraße kann dabei nicht wahllos herausgegriffen werden. Vielmehr ist es Aufgabe der Politik, angesichts der gemeindlichen Schulden und der knappen Kassenlage Prioritäten zu setzen. Zunächst sollte daher die Prioritätenliste zum Zustand der Gemeindestraßen abgewartet werden. Sowohl diese Liste wie auch die Liste der notwendigen Kanalsanierungen sind dann zusammenzuführen und erst dann ist zu entscheiden, wie weiter verfahren werden soll. Ansonsten werden beim Bürger Erweiterungshaltungen geweckt, die von der Gemeinde nicht erfüllt werden können.

Die **CDU-Fraktion** mahnt daraufhin vehement an, dass der vorliegende Antrag nicht bereits eine Sanierung der Eschstraße zum Inhalt hat, sondern die Entwicklung eines straßenbaulichen Detailkonzeptes als Instrument der gemeindlichen Wirtschaftsförderung. Denn das Erscheinungsbild dieser Ortseinfallsstraße gilt es zu verbessern. Erst nach Vorlage von Plänen können seriös Kosten ermittelt und Finanzpläne erstellt werden. Im Übrigen kann häufig auch mit wenigen Mitteln etwas bewegt oder initiiert werden.

Der **UWG-Fraktionsvorsitzende** verweist in der Entgegnung auf den Vortrag des BM auf die Seite 59 des aktuellen Haushaltsplanes der Gemeinde. Daran zu erinnern ist für ihn legitim. Er appelliert erneut, mit dem Geld verantwortungsbewusst und in der Auseinandersetzung fair miteinander umzugehen.

Daraufhin ermahnt der **Bürgermeister** den Fraktionsvorsitzenden zur Sachlichkeit und erinnert an die in einer vorangegangenen Sitzung geführte Diskussion zur politischen Leitkultur. Zu dem zuvor verwendeten Begriff „Finanzverschleierung“ fordert er den Fraktionsvorsitzenden auf, sich konkret zu erklären, da dieses Wort in diesem Zusammenhang ein negatives Bild auf die Gemeinde und insbesondere die Gemeindeverwaltung und deren Mitarbeiter wirft, was nicht hinnehmbar ist. Ferner verweist er auf mögliche weitere Konsequenzen.

Der **UWG-Fraktionsvorsitzende** relativiert, dass das Wort „Finanzverschleierung“ keine eigene Wortschöpfung darstellt, sondern ein gängiger globaler Begriff in der Finanzwelt darstellt. Denn häufig gehen staatliche Stellen dazu über, wenn sie finanziell in einer schwierigen Situation sind, Teile ihrer Einrichtungen in Eigenbetriebe oder andere Sondervermögen auszulagern und damit die eigene finanzielle Situation zu verschleiern.

Für die **SPD-Fraktion** hat die Ermahnung des BM zu mehr Sachlichkeit nicht allein in Richtung der UWG-Fraktion zu gehen, sondern auch an die CDU-Fraktion wegen deren Vorhaltungen an die UWG und die Opposition wegen mangelnder Kreativität.

RM Schleif sieht in dem Antrag keine Kreativität der CDU-Fraktion, sondern nur eine 1:1-Wiedergabe der Erkenntnisse aus dem städtebaulichen Entwicklungskonzept. Das Ziel, hier etwas zu verbessern, ist grundsätzlich in Ordnung. Der Zeitpunkt ist jedoch wahllos herausgegriffen. Ohne Vorlage eines Gesamtkonzeptes und einer Prioritätenliste sollte hier kein Beschluss gefasst werden.

Die **CDU-Fraktion** verdeutlicht, dass mit dem Antrag allein ein Konzept eingefordert wird und eine Zeitachse damit nicht verbunden ist. Ebenfalls sind konkrete Gefahrenstellen hiervon nicht betroffen. Sie sieht den Gemeinderat in der Pflicht, Entwicklungskonzepte zu erstellen und Zielvorgaben für eine Verbesserung des Erscheinungsbildes eines Ortes zu entwickeln.

Die **UWG-Fraktion** regt an, das Thema Eschlohner Straße/Lohner Straße in der nächsten Sitzung des Bauausschusses weiter zu erörtern. Hinsichtlich des eingeforderten Detailkonzeptes zur Eschstraße fragt sie sich, ob und inwieweit aufgrund der anstehenden und zurzeit in Umsetzung befindlichen anderen Projekte und Maßnahmen überhaupt in der Verwaltung ausreichende personelle Ressourcen bestehen.

Für die **CDU-Fraktion** wird mit dem verwendeten Begriff „Finanzverschleierung“ der Eindruck erweckt, dass einiges in der Gemeinde nicht richtig läuft. Dieses wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf den Bürgermeister und die Mitarbeiter in der Verwaltung, sondern auch auf die Mitglieder des gemeindlichen Rechnungsprüfungsausschusses. Die Fraktion verwahrt sich daher gegen eine Diskreditierung auch einzelner Ratsmitglieder.

Die **UWG-Fraktion** erneuert, dass der gewählte Begriff nicht auf die Gemeinde Südlohn bezogen ist, sondern nur als globaler Begriff aus der Finanzwelt genommen wurde.

Beschluss (1) - Antrag der CDU-Fraktion zur Umgestaltung der Eschstraße zwischen Breul und Eschlohner Straße:

**19 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein straßenbauliches Detailkonzept zu entwickeln und dies im Rahmen einer Bürgerbeteiligung vorzustellen. Gleichzeitig ist eine Wohnumfeldverbesserung im Bereich der Brachflächen anzustreben.

Beschluss (2) - Mündlicher Antrag der CDU-Fraktion zum Endausbau der Lohner Straße:

Einstimmig

In Änderung der bisherigen Beschlusslage, dass der Endausbau der Lohner Straße erst nach Abschluss der Baumaßnahmen des Henricus-Stiftes auf dem Gelände der ehemaligen Frottierweberei erfolgen soll, soll der Endausbau des restlichen Teilstückes der nördlichen Lohner Straße in 2007 erfolgen. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushaltsjahr 2007 vorzusehen.

**TOP 6: Anregung gem. § 24 GO:
Schreiben des Heimatvereins Südlohn e. V. vom 01.08.2006
betr. Verunreinigung öffentlicher Anlagen durch Hundekot
(Sitzungsvorlage Nr. 80277)**

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass das Vorbringen kein neuer Sachverhalt darstellt, sondern schon seit Jahren als Problem bekannt ist. Sie erwartet von der Verwaltung Vorschläge zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen (einschl. Ahndungsmöglichkeiten) und bittet, diese in der nächsten Sitzung vorzustellen. Allein mit Appellen wird ein geändertes Verhalten bei den Hundehaltern nicht zu erzielen sein. Auch wird der Antragsteller nicht mit dieser Lösung allein zufrieden sein. Gegebenenfalls muss über die Einstellung eines Frührentners zur Durchführung von Kontrollen nachgedacht werden.

RM Schleif stellt fest, dass die Verunreinigungen öffentlicher Anlagen kein alleiniges Problem für den Ortsteil Südlohn darstellt, sondern auch in Oeding an zahlreichen Stellen immer wieder festzustellen ist. Auch er beantragt, dass die Verwaltung zur nächsten Ratsitzung entsprechende Vorschläge vorlegt.

Ferner bittet er zu prüfen, ob und inwieweit nicht „1-€Kräfte“ zur stärkeren Kontrolle eingesetzt werden können. Bevor ein Bußgeld verhängt wird, sollte zunächst sollte eine Verwarnung ausgesprochen werden.

Das vorzulegende Konzept soll auch beinhalten, dass ausreichend Dog-Sets der Bevölkerung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Eine direkte persönliche Ansprache von Bürger zu Bürger erscheint ihm problematisch. Die Gemeinde hat eine hoheitliche Aufgabe zu erfüllen, die letztendlich nur über das Portemonnaie des Bürgers umsetzbar ist.

Der **BM** verweist darauf, dass nach der Intension von SGB II Langzeitarbeitslose über „1-€-Jobs“ auf den Arbeitsmarkt wieder vorbereitet werden sollen. Der Einsatz derartiger Kräfte für die Kontrolle des Verhaltens der Hundebesitzer erscheint daher rechtlich sehr kritisch. Eine einfache Plastiktüte erfüllt vielfach den gleichen Zweck wie ein Dog-Set. Wichtig sind die Einstellung der Hundehalter und die Umsetzung des Anleinzwangs in bestimmten Bereichen.

Die Diskussion zeigt, dass von Seiten der Politik ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung erteilt werden soll, in der nächsten Sitzung Vorschläge mit Auflistung der Ahndungsmöglichkeiten vorzulegen.

Auch die **UWG-Fraktion** erwartet von der Verwaltung Vorschläge zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Diese Vorschläge sollen sich nicht allein auf Verbotsschilder und die Ausgabe von Dog-Sets beschränken. Auch die Fraktion appelliert an alle Bürger und Hundehalter, auf die ordnungsgemäße Einhaltung der ordnungsbehördlichen Verordnung zu achten.

Die **CDU-Fraktion** sieht die Ursache der Verschmutzung der öffentlichen Bereiche durch Hundekot in dem unverantwortlichen Handeln derjenigen Hundehalter, die sich mehr herausnehmen als die Gesellschaft es zulässt. Ein Unrechtsbewusstsein scheint nicht vorhanden. In der Bürgerschaft ist hier auch Zivilcourage gefragt.

Fehlverhalten muss künftig durch entsprechende Bußgelder geahndet werden. Dieses betrifft jedoch nicht nur den Hundekot, sondern auch die Verunreinigung durch Pferde. Außerdem ist das Regelwerk der ordnungsbehördlichen Verordnung deutlicher bekannt zu machen. Ein weiterer Grund für die Verunreinigungen der öffentlichen Straßenwege und Plätze sieht die Fraktion darin, dass zahlreiche Hunde frei herum laufen. Auch sie appelliert an die Hundehalter verantwortungsbewusster ihre Tiere zu halten.

Das vorzulegende Konzept sollte nicht nur die Verunreinigung durch Hundekot beinhalten, sondern dass die Hunde auch ordnungsgemäß bei der Gemeinde angemeldet werden. Sollte dieses nicht erfolgen, müsste z. B. ein Ordnungsgeld von 250,00 € verhängt werden. Allerdings sollte den Bürgern bis Jahresende eine Karenzfrist eingeräumt werden. In 2007 müssten dann jedoch auch Kontrollen der Hundehaltungen erfolgen. Hinsichtlich der Verunreinigungen könnte nach einer Verwarnung ein Bußgeld in Höhe von z.B. 30,00 € und bei Wiederholung von z. B. 150,00 € festgesetzt werden.

Die **UWG-Fraktion** bittet, nicht alle Hundehalter über einen Kamm zu scheren. Nach Durchführung einer entsprechenden Kampanie und Aufforderung an die Bürger, Zivilcourage zu zeigen, sollte erst als letztes Mittel ein Bußgeld verhängt werden. Anlass hierfür ist, dass in kleinen Gemeinden das Miteinander wichtig ist und vorrangig zu fördern ist.

Zusammenfassend stellt der **BM** als Konsens zum weiteren Vorgehen fest:

1. Es ergeht ein nachhaltiger Appell des Gemeinderates an die Bürgerschaft und die Hundehalter, ihre Hunde ordnungsgemäß zu halten und Verunreinigungen öffentlicher Anlagen durch Hundekot zu vermeiden.
Ferner verweist der Rat auf die Anleinplicht nach dem Landeshundegesetz. Außerdem werden alle Hundehalter aufgefordert, die ihr Tier noch nicht ordnungsgemäß

angemeldet haben, dies bis zum Jahresende 2006 nachzuholen. In 2007 soll eine erneute Kontrolle der in der Gemeinde gehaltenen Hunde durchgeführt werden.

2. Zur nächsten Sitzung soll von der Verwaltung ein Konzept zum weiteren Vorgehen vorgelegt werden.

TOP 7: Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) „Berkel-Schlinge“ (Sitzungsvorlage Nr. 80284)

RM Schleif und die **SPD-Fraktion** erkundigen sich nach den Hintergründen der geänderten Förderbedingungen und nach dem Nachfolgeprogramm.

Die Förderbedingungen wurden geändert, weil die Kofinanzierung der EU Ende 2006 ausläuft und das neue NRW Programm „Ländlicher Raum“ in der Förderperiode 2007 – 2013 die Förderung von ILEK's nicht mehr vorsieht.

Die **UWG-Fraktion** ist froh, dass sie auch beim agri-cultura-Projekt nicht mitgemacht und auch die Erstellung eines ILEK immer kritisch gesehen hat. Sie wiederholt dabei ihren früheren Standpunkt, dass die Konzepterstellung durch Planer von ihr grundsätzlich kritisch gesehen wird.

Auf entsprechende Nachfrage wird erläutert, dass nach den heutigen Erkenntnissen von der geänderten Förderung nur die Erstellung des ILEK selbst und nicht die Umsetzung der Projekte selbst betroffen sind.

Die **CDU-Fraktion** erkundigt sich, ob sich bei der Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22.03.06 eine zeitliche Verzögerung ergeben hat, die letztendlich zu der geänderten Förderung geführt hat.

Die geänderten Förderbedingungen wurden erst in den letzten Wochen bekannt. Aufgrund der notwendigen Beteiligung der Bürgerschaft ist die Erstellung eines ILEK bis zum 30.09.2006 nicht möglich.

Beschluss: **20 Ja-Stimmen**
5 Nein-Stimmen

Der Gemeinderat stimmt den geänderten Förderbedingungen für die Erstellung des ILEK „Berkel-Schlinge“ zu. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden, sofern Sie in 2006 bereits kassenwirksam werden, außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

TOP 8: Mitteilungen und Anfragen

8.1 Kommunale Dienstleistungsgesellschaft mbH (KDG)

Die Bezirksregierung Münster hat mit Bescheid vom 22.06.2006 den Bürgermeistern der Gemeinden Raesfeld, Reken, Heiden, Südlohn und der Stadt Borken kommunalaufsichtlich aufgegeben, im Rahmen ihrer Befugnisse als Gesellschafter der Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft mbH in gesellschaftsrechtlich zulässiger Weise

1. an einer Änderung des Gesellschaftsvertrages dahingehend, das die Gemeinde Schermbeck unverzüglich aus der Gesellschaft austreten kann, mitzuwirken,
2. beim Austritt der Gemeinde Schermbeck aus der Gesellschaft mitzuwirken.

Hintergrund dieses Bescheides ist, dass der Beitritt der Gemeinde Schermbeck zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem bereits ein Erlass des Innenministers vorlag, nachdem keine weiteren Gesellschaften gegründet werden durften.

Gegen diesen Bescheid hat der **BM** am 07.08.2006 Klage beim Verwaltungsgericht Münster erhoben. Eine gleichlautende Klage wurde ebenfalls von den anderen Mitgliedskommunen der KDG erhoben.

Der Streitwert ist für alle Kommunen zusammen auf 15.000,00 € festgesetzt worden.

8.2 Fußgängerüberweg an der Querungshilfe L 558-Winterswyker Straße/Fürst-zu-Salm-Horstmar-Str./Panofen in Oeding

Am 05.08.2006 und am 18.08.2006 ereigneten sich in Höhe dieses Fußgängerüberweges Verkehrsunfälle mit Personenschäden.

Am 05.08.2006 achtete ein PKW nicht auf einen Fußgänger, der ein Fahrrad schiebend verkehrsgerecht die Winterswyker Straße auf dem dortigen Zebrastreifen überquerte. Der Fußgänger wurde verletzt.

Bei dem Unfall vom 18.08.2006 befuhr ein junges Mädchen mit ihrem Fahrrad von der Fürst-zu-Salm-Horstmar-Str. fahrend den Fußgängerüberweg zur Überquerung der L 558. Durch eine Notbremsung des Motorradfahrers, der dabei zu Fall kam, konnte ein Zusammenstoß beider Unfallbeteiligten verhindert werden.

Die Kreispolizeibehörde wurde daraufhin vom BM schriftlich dringend darum gebeten, in diesem Bereich verstärkt Kontrollen durchzuführen und entsprechende Sanktionen bei Bedarf auszusprechen. Die verstärkte Durchführung von Kontrollen wurde heute fernmündlich bestätigt.

Am 11.08.06 wurde die Verkehrssituation durch den örtlichen Bezirksermittlungsdienst der Polizei mit folgendem Ergebnis überprüft:

In der Zeit von 15.40 – 16.20 Uhr überquerten in beiden Richtungen 530 Fahrzeuge den Überweg. 6 Fußgänger benutzten den Überweg als Querungshilfe. Des Weiteren überquerten 14 Fahrradfahrer den Überweg, ohne vom Fahrrad abzusteigen. Die Kfz.-Führer waren dadurch urplötzlich zu Notbremsungen gezwungen. Während der Überprüfung herrschten schlechte Wetterverhältnisse (starker Regen).

Hieraus wird deutlich, dass Unfälle nicht nur im Fehlverhalten der Autofahrer begründet sind, sondern ursächlich auch beim querenden Verkehr selbst.

Die **UWG-Fraktion** bezeichnet den Kreuzungsbereich als den größten Knotenpunkt für Oeding. Die Durchführung von Kontrollen ist insbesondere freitags und samstags notwendig und wichtig. Sie ist enttäuscht über die bisherigen politischen Maßnahmen. Für sie ist eine Lösung nur über die Einrichtung einer Ampelanlage möglich.

8.3 Wasserhydrant im Garten des Franziskus-Stiftes am Breul in Südlohn

In Ergänzung zur Anfrage in der Sitzung vom 21.06.06 (TOP I.19.11) von **RM Brüning** wird mitgeteilt, dass die Grundwassermessstelle vom Henricus-Stift bodenbündig eingebaut wird.

RM Brüning ergänzt, dass mit dem überreichten Foto optisch die Frage aufgeworfen werden sollte, wo der Gehweg geblieben ist. Bislam sieht dieser so aus, dass er nun Eigentum des Stiftes ist.

Entgegnet wird, dass das Gehweg-Thema noch nicht abschließend mit dem Henricus-Stift besprochen ist. Die Gespräche dauern an.

8.4 Beschwerde der Anlieger der Hedwigstraße in Borken-Burlo gegen das Ausbringen von Gülle bei unangemessener Witterung durch den angrenzenden Landwirt

RM Schleif erkundigt sich nach dem Sachstand.

Die Beschwerde vom 13.07.2006 wurde zuständigkeitshalber an die Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Borken, weitergeleitet. Zeitgleich wurde der Landwirt von der Verwaltung abgemahnt.

Die Landwirtschaftskammer teilt nunmehr mit, dass nach örtlicher Überprüfung ein Verstoß gegen die Düngeverordnung nicht festgestellt wurde.

8.5 Kurvenaufweitung im Bereich des Geh- und Radweges zwischen Vitusing und B70/Lidl

RM Schleif erkundigt sich danach, wann mit der zugesagten Kurvenaufweitung zur Verbesserung der Sichtverhältnisse begonnen wird.

Zugesagt wird, dass die Maßnahme nach Möglichkeit zeitnah umgesetzt wird.

8.6 Zustand der Ossenschloge in Südlohn im Bereich der Fa. Terhürne

RM Bonse-Geuking überreicht eine Fotoaufnahme vom Zustand der Ossenschloge. Danach ist die Bankette in einem erheblichen Teil durch wartende LKW's vor der Werksanlieferung der Fa. Ternhürne beschädigt. Außerdem beschwerden sich die Anlieger über hierdurch entstehende Verkehrsgefährdungen.

Eine Überprüfung wird zugesagt.

RM Gröting erinnert an seine gleichlautende Anfrage in einer früheren Sitzung.

8.7 Ersatzaufforstungen im Cohausz-Wäldchen in Südlohn

RM Brüning erkundigt sich nach dem Sachstand. Die nach der Baumfällaktion durch Anlieger durchgeführten Ersatzaufforstungen sind mangels weiterer Pflege nicht angegangen. Ähnliche Missstände sind an vielen anderen Stellen (z. B. Uferweg) feststellbar.

Die Angelegenheit wird geprüft und gegebenenfalls weiter verfolgt. In diesem Zusammenhang wird auf die erheblichen personellen Probleme beim Bauhof aufgrund erheblicher Arbeitslast verwiesen.

8.8 Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebung

RM Sievers bittet um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebung.

Zugesagt wird, einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung des Sozial-pp.-Ausschusses zu geben.

8.9 Kürzung von Gruppenleiterinnenstunden im Kindergarten St. Vitus in Südlohn

RM Schmeing erkundigt sich nach dem Hintergrund der erfolgten Kürzungen der Gruppenleiterinnenstunden und den gegebenenfalls einzuleitenden Maßnahmen

Das Schreiben des Elternrates vom 17.08.2006 ging erst am 21.08.2006 nachrichtlich bei der Gemeinde ein. Die Gesamtsituation kann zurzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Weitere Informationen können evtl. in der nächsten Sitzung des Sozial-pp.-Ausschusses gegeben werden.

8.10 Aufstellung von Infotafeln mit Ortsplänen an den Ortseingängen

RM Schmeing fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Die Angelegenheit befindet sich in der Umsetzung.

8.11 Verkehrsuntersuchung L 558 - Ortsumgehung Oeding

RM Gröting weist darauf hin, dass der vorliegende Erläuterungsbericht zur Verkehrsuntersuchung 2006 nicht vollständig ist. Es fehlen die Seiten 17 bis 20.

Die Angelegenheit wird geprüft.

Ergänzend regt **RM Kahmen** an, die Angelegenheit aufgrund der Bedeutung als weiteren Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Bau-pp.-Ausschusses zu behandeln.

Auf Nachfrage erklärt sich der Rat mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

8.12 Kulturhistorisches Gemeinschaftsprojekt Südlohn – Winterswijk „Kommiesenpatt - Kommiezenpad“

RM Kahmen erkundigt sich nach dem Sachstand.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Ausschreibung der Bauleistungen werden zurzeit von der Gemeinde Winterswijk durchgeführt. Die Gemeinde Südlohn steht mit den betreffenden Grundstückseigentümern auf deutscher Seite in abschließenden Gesprächen zur Umsetzung des Projektes.

8.13 Lotsendienst im Bereich des Fußgängerüberweges L 558-Winterswyker Str./Fürst-zu-Salm-Horstmar-Str./Panofen in Oeding

RM Kahmen regt an, zur Sicherung dieses Überganges insbesondere zu Schulzeiten einen ehrenamtlichen Schülerlotsendienst einzurichten.

Zugesagt wird, die Angelegenheit in nächster Zeit mit den Kindergärten sowie der Grundschule und der Kreispolizeibehörde zu erörtern. In diesem Zusammenhang wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass die Grundschule Oeding gebeten wurde, im Rahmen der Verkehrserziehung ihr besonders Augenmerk auf das ordnungsgemäße Queren dieses Überweges zu richten. Diesem Wunsch wird die Schule jetzt nachkommen.

II. Nichtöffentlicher Teil

Beckmann

Schlottbom

Anlage zur Niederschrift über die Ratssitzung vom 23.08.06
Persönliche Erklärung von Ratsmitglied Manfred Schmeing zu TOP I.2

Ratssitzung 23.08.2006

Persönliche Erklärung zu den Protokollen
der letzten und vorletzten Ratssitzung
(mit der Bitte um Aufnahmen ins Protokoll)

Im Protokoll der Sitzung vom 21. Juni wird mein Antrag auf Änderung des Protokolls der Sitzung vom 10. Mai wiedergegeben. Die Wiedergabe meines Antrages ist nicht vollständig.

Ich stimme der Verwaltung zu, dass nach der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse Protokolle eine gedrängte Wiedergabe des Verhandlungsverlaufes enthalten sollen. Aber es kann nicht angehen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, nur um einen SPD-Antrag zur politischen Leitkultur in Südlohn und Oeding zu diskreditieren, etwas behaupten darf, was er, zumindest bislang, nicht beweisen kann, ohne dass dies im Protokoll wiedergegeben wird. Hermann-Josef Frieling hat in der Ratssitzung vom 10. Mai behauptet, ihm habe, bevor das Foto im Internet veröffentlicht worden sei, eine schriftliche Genehmigung des Fotografen vorgelegen. Bislang hat er keine schriftliche Genehmigung vorweisen können. Ich fordere ihn auf, diese schriftliche Genehmigung vorzulegen, ansonsten muss ich davon ausgehen, dass er den Rat belogen hat.

Es kann allerdings auch nicht angehen, dass die Mehrheitsfraktion Änderungen des Protokolls in Punkten, die ihr unangenehm sind, mit ihrer Mehrheit einfach ablehnt. Auch das widerspricht jeglicher politischen Leitkultur.